

1 **Studentische Interessenvertretung:**

2 **Aufbruch für Aufklärung und Emanzipation**

3 *„Die globale soziale Ungleichheit ist laut einer Oxfam-Studie offenkundiger als je zuvor:*

4 *Demnach besitzen die acht reichsten Männer der Welt 426 Milliarden Dollar – und damit mehr*  
5 *als die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.“*

6 Nicolai Kwasniewski: „Oxfam-Bericht – Acht Superreiche besitzen angeblich so viel wie die halbe Menschheit“, in:  
7 Spiegel Online, 16. Januar 2017.

8 *„Was ist aber diese große Aufgabe unserer Zeit? Es ist die Emanzipation. Nicht bloß die der*

9 *Irländer, Griechen, Frankfurter Juden, westindischen Schwarzen und dergleichen gedrückten*

10 *Volkes, sondern es ist die Emanzipation der ganzen Welt, absonderlich Europas, das mündig*

11 *geworden ist, und sich jetzt losreißt von dem eisernen Gängelbände der Bevorrechteten, der*

12 *Aristokratie.“*

13 Heinrich Heine: Reisebilder, 1826.

14 In der aktuellen polarisierten gesellschaftlichen Lage braucht es eine studentische

15 Interessenvertretung, die Hochschulpolitik als gesellschaftspolitisches Eingreifen für die Bildung

16 kritischer und mündiger Subjekte, für die volle Verwirklichung einer auf sozialen Rechten

17 basierenden Demokratie und für internationale Solidarität begreift. Der gesellschaftliche

18 Aufbruch aus dem Neoliberalismus wird nicht von oben verabreicht, sondern besteht in der

19 Befürwortung, die gemeinsamen Geschicke für eine solidarische und menschenwürdige

20 Entwicklung in die eigenen Hände zu nehmen.

21 Das Studierendenvotum bedeutet einen deutlichen Auftrag für die Bildung eines linken AStA, der

22 für einen solchen Mentalitäts- und Politikwechsel aufklärt und Initiative ergreift, gerade in Zeiten

23 von Landtags- und Bundestagswahl in diesem Jahr.

24 **1. Friedenswissenschaft als Leitwissenschaft**

25 *„Die Bundesregierung will der EU-Kommission nacheifern und den Verbund von Sicherheits-*

26 *und Rüstungsindustrie sowie Militär, Polizei und Geheimdiensten ausbauen. [...] Mit den*

27 *Ländern, Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen sowie Hochschulen will die Regierung*

28 *dazu in einen ‚ergebnisoffenen Dialog‘ über sogenannte Zivilklauseln treten.“*

29 Stefan Krempl: „Bundesregierung fördert den sicherheitsindustriellen Komplex“, in: Heise Online,

30 22. Dezember 2016.

31 Der AStA bildet ein Referat für „Friedenswissenschaften und internationale Solidarität“.

32 Kriegsbefürworter hierzulande eifern Donald Trump nach. Für die kriegerische Durchsetzung  
33 „deutscher Interessen“ und das Geschäft mit der Rüstung sollen auch die Hochschulen erweitert  
34 eingespannt werden. Aber nationale Machtpolitik begründet kein ziviles Zusammenleben,  
35 Rüstungsforschung stiftet keinen Sinn, Panzer schützen nicht vor sozialer Not, mit Gewehren ist  
36 keine Wohnung zu bauen und mit Munition niemand satt zu kriegen: Krieg ist nicht Frieden.  
37 Deshalb haben bereits über 60 Hochschulen in der Bundesrepublik beschlossen, sich der  
38 Interessen von Militär und Rüstungsindustrie zu erwehren.

39 Bundesweit hat die Bewegung für Zivilklauseln, gegen Rüstungsforschung und für friedens- und  
40 allgemeinwohlfördernde Wissenschaften und Hochschulen wesentlich die Überwindung der  
41 „unternehmerischen Hochschule“ in Gange gebracht. Es kommt nun darauf an, in allen Fächern  
42 und Bereichen die Verständigung darüber zu befördern, wie es gelingt, sowohl gesellschaftlich als  
43 auch in Studium, Lehre und Forschung diese Ansprüche von Humanität und Zivilität zu  
44 verallgemeinern.

45 Dabei hat die Aufarbeitung der Geschichte der Universität und der Fächer große Bedeutung um  
46 entgegen der von konservativer Seite behaupteten Zweckfreiheit der Wissenschaften die  
47 Widerspiegelung gesellschaftlicher Interessen in den Universitäten und gesellschaftlichen  
48 Anforderungen an den Wissenschaftsprozess verantwortlich zu reflektieren. Die Lehre aus  
49 verbrecherischem und opportunem Mittun der damals sozial abgeschotteten Universitäten zum  
50 Faschismus wie aus dem politischen und kulturellen Aufbruch im Zuge der 68er-Bewegung ist  
51 die Weiterentwicklung einer nur scheinbaren „Autonomie“ der Universitäten hin zu einer  
52 demokratischen Hochschule in gesellschaftlicher Verantwortung. Die Aufarbeitung der  
53 Geschichte steht angesichts des hundertjährigen Bestehens der „neuen Universität“ 2019 auf der  
54 Tagesordnung.

55 Krieg und Rüstungsexporte als Fluchtursachen und Bedrohung aller Menschen dieser Welt sind  
56 überall zum Thema zu machen, insbesondere hin auf die Bundestagswahl. Die  
57 Solidaritätskampagne mit den „Wissenschaftlern für den Frieden“ in der Türkei und mit Sharo  
58 Garip ([www.solidaritaetsbrief.org](http://www.solidaritaetsbrief.org)) hat auch vor diesem Hintergrund Bedeutung. Wir können aus  
59 den Hochschulen dazu beitragen, Rüstungsforschung zu beenden, Kriegspolitik zu stoppen und  
60 über die Grenzen hinaus ein zivilgesellschaftliches Bündnis für Frieden und Menschenwürde  
61 auszuprägen.

## 62 **2. Gegen rechts ist: für Frieden, Solidarität und Egalität**

63 Die scheinbare Naturalisierung der Konkurrenz durch den Neoliberalismus ist der Nährboden  
64 rechtsextremer Aufwallungen und jedweder Ideologie menschlicher Ungleichwertigkeit. Dem ist  
65 geschichtsbewusst zu begegnen: Die weltweite antifaschistische Kooperation von Marxisten bis  
66 zu bürgerlichen Humanisten für Frieden und Menschenwürde war Grundlage für die Beendigung

67 des faschistischen Terrorsystems. Verbindend für diesen Kampf war die Verwirklichung der  
68 sozialen und politischen, universellen Menschenrechte und das Gewaltverbot in den  
69 internationalen Beziehungen, wie sie im Grundgesetz und in der Charta der Vereinten Nationen  
70 festgeschrieben worden sind.

71 Der zukünftige AStA möge gegen jede Hetze und Verdunklung mitwirken in den städtischen  
72 Bündnissen gegen rechts, daraufhin, die mörderische Abschottungs- und Abschiebep Praxis zu  
73 stoppen, das Recht auf Asyl zu verteidigen und auszubauen sowie die soziale Demokratie als  
74 echte Alternative für alle Menschen zu verwirklichen. Anlass dafür bilden unter anderem die  
75 Gegenaktivitäten zum AfD-Bundesparteitag in Köln am 22. und 23. April in Köln.

### 76 **3. Statt unternehmerischer Hochschule: Für eine demokratische Hochschule**

77 Schon bei der letzten Hochschulreform vor zwei Jahren ist es in NRW gelungen, die  
78 Verantwortung der Hochschulen für Frieden, Nachhaltigkeit und Demokratie im neuen  
79 Hochschulgesetz festzuschreiben und die demokratisch gewählten Gremien der Universität und  
80 die Gestaltungsmöglichkeiten der Studierenden insbesondere bezogen auf die Entwicklung der  
81 Studiengänge zu stärken. Angesichts der Landtagswahlen in NRW in diesem Jahr können wir aus  
82 den Hochschulen die Hochschulreform neu auf die Tagesordnung setzen: Der Hochschulrat,  
83 aktuell das höchste Gremium der Universität, indem Hochschulexterne auch aus der Wirtschaft  
84 vertreten sind, gehört abgeschafft. Alle Gruppen – Studierende, Lehrende, Kollegen aus  
85 Wissenschaft Technik und Verwaltung – sollen gleichermaßen in den Gremien universitärer  
86 Selbstverwaltung vertreten sein. Die Exzellenzinitiative als wettbewerbliches,  
87 entsolidarisierendes und Konformität erpressendes Element der Hochschulausrichtung muss  
88 zugunsten einer bedarfsdeckenden öffentlichen Grundfinanzierung der Hochschulen  
89 zurückgedrängt werden.

### 90 **4. Emanzipatorische Bildung**

91 Bildung besteht nicht im passiven Aufnehmen fertiger Wissenspakete, sondern in streitbarer  
92 Auseinandersetzung und entsprechender Herausbildung und Entwicklung von Erkenntnissen und  
93 Auffassungen. Dies setzt daher eine Universität voraus, die Studierende als gleichwertige  
94 Mitglieder, als Subjekte und Produzenten des Wissenschaftsprozess anerkennt, in der ein Studium  
95 nicht als „Privileg“ in einem Auswahlprozess erlangt wird, in dem es sich zu beweisen gilt,  
96 sondern als zu realisierendes Recht möglichst aller Menschen. Daher sind jedwede überflüssige  
97 Zugangsbeschränkungen abzubauen, insbesondere sind individuelle Bewerbungs- und  
98 Auswahlverfahren abzuschaffen.

99 In den letzten Jahren ist es bereits gelungen, an der Philosophischen Fakultät und weiten Teilen  
100 der MathNat-Fakultät die Beschränkung der Prüfungswiederholungen abzuschaffen, an der

101 WiSo-Fakultät sind zumindest die unsäglichen „Maluspunkte“ Geschichte. Die begonnenen  
102 Reformen sind durch eine Verringerung von Restriktionen und Prüfungen dahin  
103 weiterzuentwickeln, dass allen ein vertieftes und kritisches Studium ermöglicht wird, ohne  
104 Latinumpflicht und ohne die Drohung jeglicher Form der Exmatrikulation. Bezogen auf das  
105 Lehramt müsste endlich das Praxissemester bezahlt und die Bildungswissenschaften kritischer  
106 statt handwerklich orientiert werden.

107 Insbesondere Fachschafts- und Politikreferat können hier bezüglich der Studienreform  
108 zusammenwirken, studentische Bewegung für hochschulpolitische Verbesserungen neu zu  
109 initiieren. Das Sommersemester sollte mit einer Vollversammlung zur Verständigung über die  
110 Einschränkungen und Ansprüche auf ein interessantes und lebensrelevantes Studium sowie das  
111 Problem der Unterfinanzierung der Hochschule beginnen.

## 112 **5. Für eine soziale Universität in einer sozialen Stadt**

113 Die „Schwarze Null“ (Wolfgang Schäuble) ist weltweit zunehmend isoliert, die Politik von  
114 Austerität und Schuldenbremse volkswirtschaftlich und politisch in einer Sackgasse. Die sozialen  
115 Belange der Studierenden sind als Teil und Voraussetzung einer demokratischen und sozialen  
116 Entwicklung der Gesellschaft zu bestimmen. Dazu gehört ein sozial unbedrängtes Studium durch  
117 ein Eltern- und Studienzeit unabhängiges Bafög zur Öffnung der Hochschulen für Menschen aus  
118 allen sozialen Schichten und Herkunftsländern (auch für Geflüchtete) als Voraussetzung  
119 weltzugewandter, demokratischer Bildung und ebenso wie die Konstituierung eines städtischen  
120 Bündnisses für den Ausbau bezahlbaren, öffentlichen Wohnraums für alle Menschen.

121 In Zeiten der Landtagswahl kann studentische Interessenvertretung eine Wende hin zu  
122 keynesianischer, an den gesellschaftlichen Bedarfen orientierten Ausgabenpolitik befördern.

## 123 **6. Akademische Kultur und studentisches Engagement befördern**

124 In den letzten Jahren hat studentisches Engagement eine Renaissance erfahren: In der  
125 studentische Arbeit gegen Rechts, für Flüchtlingssolidarität und in Friedensinitiativen, im  
126 Engagement gegen die Befristung des Lehramtsstudiums und für eine menschenzugewandte  
127 Pädagogik, der Auseinandersetzung gegen die Latinumpflicht, in den Kämpfen für die Gründung  
128 einer SoWi-Fachschaft und einigen Fachschaften, die sich neu beimessen, alle zu politischem  
129 Eingreifen zu ermuntern. Ein linker AStA arbeitet mit solchen Initiativen auf Augenhöhe  
130 zusammen und befördert studentisches Engagement. Nach fünf Jahren studentischen  
131 Engagements für die Gründung einer eigenen SoWi-Fachschaft und einer deutlichen  
132 Befürwortung einer solchen bei der Abstimmung unter den SoWi-Studierenden möge die  
133 Gründung dieser Fachschaft zügig beschlossen werden.